

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **EP-PLENUM VOM 12. - 15.03.2012 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE**

Das Ergebnis des Europäischen Rats (ER) am 01./02.03.2012 stand im Mittelpunkt der Debatten. ER-Präsident *Van Rompuy* berichtete, dass die Sitzung erstmals seit längerem nicht von akuten Entwicklungen der Schuldenkrise einiger Eurostaaten überschattet war. Es sei es vor allem darum gegangen, parallel zur Konsolidierung Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu verbessern. Nötig seien Zukunftsinvestitionen, die Ausgaben gehörten auf den Prüfstand. Auf der Einnahmeseite sei die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug nötig. Zudem müsse man das Potenzial des Binnenmarkts voll ausschöpfen. Kommissionspräsident *Barroso* kritisierte, dass die Staats- und Regierungschefs zwar für eine Stärkung des Binnenmarkts plädierten, bei wichtigen Fragen wie dem Gemeinschaftspatent aber blockierten. Die Vorsitzenden der vier größten Fraktionen *Daul* (EVP), *Swoboda* (S&D), *Verhofstadt* (ALDE) und *Cohn-Bendit* (Grüne) kritisierten, der ER habe zu wenige konkrete Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung ergriffen.

Die Drohung des französischen Staatspräsidenten *Sarkozy*, Frankreich werde die Mitwirkung bei der Schengen-Zusammenarbeit aussetzen, falls keine Reform des Systems vereinbart werde, schlug hohe Wellen in der Debatte.

Das EP nimmt jedes Jahr zu den Fortschrittsberichten der Kommission über die potenziellen Beitrittskandidatenländer Stellung. Es nahm Entschlüsse an zu Bosnien-Herzegowina, Island und Mazedonien an, beim Miniplen am 28./29.03.2012 sollen Montenegro, Serbien, Kosovo und die Türkei folgen.

Wie beim Februar-Plenum stieß die von der Partei des populistischen niederländischen Politikers *Wilders* eingerichtete Website, die Bürger aufruft, Probleme mit Arbeitsmigranten aus Osteuropa zu melden, auf Kritik. Das EP nahm mit großer Mehrheit eine von sechs Fraktionen vorgelegte Entschlüsselung an, die die Website als „böswillige Initiative“ bezeichnet und wegen Verstößen gegen grundlegende europäische Werte verurteilt. Vom niederländischen Ministerpräsident *Rutte* wird gefordert, sich von der Website zu distanzieren.



### **WESTERWELLE LÄDT AUSSENMINISTER EINIGER EU-STAA TEN ZU DEBATTE ÜBER ZUKUNFT EUROPAS EIN**

Bundesaußenminister *Westerwelle* hat seine Amtskollegen aus Belgien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal und Spanien am 20.03.2012 in Berlin getroffen, um mit ihnen Fragen der künftigen europäischen Entwicklung zu erörtern. An dem informellen Treffen nahmen die Minister nicht als Vertreter ihrer Regierungen, sondern auf persönlicher Basis teil. Sie wollen in den nächsten Monaten die globale Rolle Europas, die demokratische Legitimation der EU, eine bessere Handlungsfähigkeit der erweiterten EU, institutionelle Fragen und eine vertiefte Zusammenarbeit zu bestimmten Themen der Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie im Bereich Justiz und Inneres diskutieren.

<http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aktuell/120320-Zukunftsgruppe-node.html>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **STAATSMINISTER *HERRMANN* DISKUTIERT IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG DIE EU-DATENSCHUTZREFORM**

Der Bayerische Staatsminister des Innern, *Joachim Herrmann*, hat am 21.03.2012 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel mit Vertretern des EP, des AdR, des Generalsekretariats des Rates und des Europäischen Datenschutzbeauftragten über die Vorschläge der Kommission zur Reform des EU-Datenschutzrechts diskutiert. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass die rasanten technologischen Veränderungen eine Modernisierung des Datenschutzrechts erfordern. Es wurde jedoch deutlich, dass sowohl in den Mitgliedstaaten, aber auch im EP teils erhebliche Bedenken gegen die Vorschläge bestehen.

### **STAATSMINISTER *HERRMANN* ZU GAST BEIM HIGH LEVEL SECURITY ROUND TABLE IN BRÜSSEL**

Auf Einladung der European Organisation for Security und der Kommission war der Bayerische Staatsminister des Innern *Joachim Herrmann* am 21.03.2012 zu Gast beim sog. „High Level Security Round Table“ in Brüssel. Die Konferenz, die unter der Schirmherrschaft von Innenkommissarin *Cecilia Malmström* stattfand, gab den hochrangigen Vertretern die Gelegenheit, sich



in einem überschaubaren Teilnehmerkreis über wirtschaftliche, technologische und politische Aspekte der EU-Maßnahmen im Sicherheitsbereich auszutauschen. Themen der Konferenz waren Strategien für eine europäische Sicherheitsindustriepolitik, Fragen der des integrierten Grenzmanagements, Sicherheitslösungen im Transportbereich sowie insbesondere die Cyber-Sicherheit. In seinem Redebeitrag zum Thema „Cyber-Sicherheit“ warnte Staatsminister *Herrmann* vor den zunehmenden Gefahren der Cyber-Kriminalität und forderte zu einer Sensibilisierung von Unternehmen und der Bevölkerung für das Thema auf.

#### **STAATSMINISTER HERRMANN TRIFFT EU-ANTI-TERRORISMUS-KOORDINATOR DE KERCHOVE IN BRÜSSEL**

Der Bayerische Staatsminister des Innern, *Joachim Herrmann*, ist am 21.03.2012 mit EU-Anti-Terrorismus-Koordinator *Gilles De Kerchove* zu einem Hintergrundgespräch in der Bayerischen Vertretung zusammengetroffen. Neben der Erörterung der allgemeinen Bedrohungslage in Europa nutzten *Herrmann* und *De Kerchove* die Gelegenheit zum fachlichen Austausch über aktuelle sicherheitspolitische Themen auf EU-Ebene.

#### **JI- RAT AM 08./09.03.2012: INNENPOLITIK**

- Fortschritte auf dem Weg zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS)
- Schlussfolgerungen zur Schengen-Zusammenarbeit
- Ratsschlussfolgerungen zur Solidarität in Migrationsfragen
- Beschlüsse ohne Debatte (A-Punkte): Verordnung zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Feuerwaffen; Beschluss zur Wiederansiedlung (Resettlement).

#### **KOMMISSIONSBERICHT: WEITERHIN HINDERNISSE FÜR UNIONS-BÜRGER BEI DER AUSÜBUNG DES KOMMUNALEN WAHLRECHTS**

Die Kommission hat am 09.03.2012 einen Bericht über die Anwendung der Richtlinie 94/80/EG über das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, vorgelegt. Darin wird ausgeführt, dass



bei der Ausübung des kommunalen Wahlrechts für Unionsbürger weiterhin eine Reihe von Hindernissen bestehen, welche bislang noch nicht vollständig beseitigt worden sind.

Bericht der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0099:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **KOMMISSION LEGT RICHTLINIE ZUR VERMÖGENSEINZIEHUNG NACH STRAFTATEN VOR**

Die Kommission hat am 12.03.2012 eine neue Regelung für die Einziehung von Geldern und anderen Vermögensgegenständen, die aus Straftaten stammen, vorgeschlagen. Danach sollen auch Vermögensgegenstände sichergestellt oder eingezogen werden können, wenn der Tatverdächtige geflohen ist, wenn die Gegenstände Dritten übertragen wurden oder wenn ihr Verlust zu befürchten ist. Der Vorschlag wird nunmehr im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren von EP und Rat beraten.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/179&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **EP BESCHLIESST VO ZUM INTERNATIONALEN ERBRECHT UND NACHLASSZEUGNIS**

Das EP nahm am 13.03.2012 eine zuvor mit dem Rat und der Kommission inhaltlich abgestimmte Verordnung, die bei Erbfällen im EU-Ausland Klarheit darüber schaffen soll, welches Recht gilt und welche Gerichte oder Ämter zuständig sind, an. Damit steht das Gesetzgebungsverfahren nach über zwei Jahren kurz vor dem Abschluss. Jedes Jahr gibt es der Kommission zufolge in der EU rund 450.000 grenzübergreifende Erbfälle, die für die Erben aufgrund 27 unterschiedlicher Rechtssysteme hoch kompliziert und teuer sein können. Die Neuregelungen werden erst nach Ablauf einer Anpassungsfrist von drei Jahren zur Anwendung gelangen, um Behörden und Bürgern genügend Zeit zu geben, sich zu informieren und umzustellen.



## **BERICHT DER KOMMISSION ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IM VERBRAUCHERSCHUTZ**

Die Kommission hat am 13.03.2012 ihren zweijährlichen Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr.2006/2004 über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz angenommen. Im Rahmen dieser Verordnung sollen die Durchführungsbehörden der Mitgliedstaaten eng zusammenarbeiten, um das Niveau und den Standard des Verbraucherschutzes im Binnenmarkt für verbraucherrechtliche grenzüberschreitende Einkäufe zu erhöhen, sowie Fachwissen zu entwickeln und diese Erfahrung zu teilen. Der vorliegend betrachtete Berichtszeitraum, 2009 und 2010, wird zusammenfassend als eine Phase der Stabilisierung und der Konsolidierung der Netzaktivitäten beschrieben.

[http://ec.europa.eu/consumers/enforcement/docs/comm\\_biennial\\_report\\_2011\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/consumers/enforcement/docs/comm_biennial_report_2011_de.pdf)

## **VOLKSWAGEN-GESETZ ERNEUT VOR DEM EUGH**

Da die Bundesrepublik das erste EuGH-Urteil zum VW-Gesetz von Oktober 2007 nicht vollständig umgesetzt haben soll, hat sie die Kommission erneut dort verklagt. Die Klage ist am 22.02.2012 eingegangen (C-95/12). Die durchschnittliche Verfahrensdauer vor dem EuGH bei Vertragsverletzungsverfahren beträgt derzeit gut 20 Monate.

## **NEUE KONSULTATION DER KOMMISSION ZU BANKVERBINDUNGEN**

Am 20.02.2012 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu Problemen, welche die Bankkontoverbindungen der Verbraucher betreffen. In ihrem Fragenkatalog will die Kommission wissen, ob die Bankgebühren hinreichend transparent und vergleichbar sind, welche Hindernisse bei einem Wechsel der kontoführenden Bank auftreten und nach der Möglichkeit, ein sog. Basiskonto, d. h. ein Girokonto für jedermann, zu erhalten. An der Konsultation können interessierte Kreise bis zum 12.06.2012 teilnehmen.

[http://ec.europa.eu/consumers/consultations/bank\\_accounts\\_consultation-2012\\_03\\_20\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/consumers/consultations/bank_accounts_consultation-2012_03_20_en.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/164&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **ZWEITES RETTUNGSPAKET FÜR GRIECHENLAND**

Das zweite Rettungspaket für Griechenland wurde am 14.03.2012 von den Euro-Mitgliedstaaten formal angenommen. Das Programm läuft bis Ende 2014 und enthält neue öffentliche Finanzierungszusagen in Höhe von 130 Mrd. € (inklusive 30 Mrd. € für die Absicherung der Privatgläubiger). Hinzu kommen die noch nicht ausgezahlten Mittel in Höhe von 34,5 Mrd. € aus dem ersten Rettungsprogramm, die nunmehr in das zweite Rettungsprogramm integriert werden. Insgesamt hat das zweite Rettungsprogramm für Griechenland damit ein Gesamtvolumen von 164,5 Mrd. €. Der Beitrag des IWF zum zweiten Rettungsprogramm beträgt insgesamt 28 Mrd. €. Diese werden allerdings – anders als im Programm der Eurogruppe vorgesehen – nicht über drei Jahre, sondern über vier Jahre ausgezahlt. In den drei Jahren, in denen das Programm der Eurogruppe läuft, steuert der IWF dementsprechend nur 20 Mrd. € bei, so dass der Finanzierungsanteil der EFSF am zweiten Rettungsprogramm insgesamt 144,5 Mrd. € beträgt.

<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr1285.htm>

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/128941.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128941.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/128902.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128902.pdf)

### **ZWEITER VIERTELJAHRESBERICHT DER TASK FORCE GRIECHENLAND**

Am 15.03.2012 hat die Task Force Griechenland ihren zweiten Vierteljahresbericht vorgelegt, in dem die Task Force die Bilanz aus den ersten sechs Monaten ihrer Tätigkeit zieht. Für Griechenland stehen im laufenden Finanzrahmen 2007 bis 2013 über 20 Mrd. € an Kohäsionsfondsmitteln zur Verfügung. Eine der Hauptaufgaben der Task Force in den vergangenen Monaten war, diese Mittel möglichst wachstumsfreundlich zu verteilen. Hierzu hat die Task Force zusammen mit der griechischen Regierung 181 konkrete prioritäre Vorhaben identifiziert. Zur Modernisierung der Steuerverwaltung wurde ein gemeinsamer Aktionsplan von IWF und EU aufgestellt. Weitere Handlungsbereiche sind u. a. eine verstärkte Ausgabenkontrolle in der öffentlichen Finanzverwaltung, eine Verwaltungsreform, die Reform des Gesundheitssektors sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen.

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/speeches-](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-)



[statements/pdf/qr\\_march2012\\_en.pdf](#)

### **NEUE DEFIZITZIELE FÜR SPANIEN**

Spanien hatte im Jahr 2011 ein Haushaltsdefizit von 8,5 % und hat damit das Defizitziel von 6 % signifikant verfehlt. Vor Kurzem hat die spanische Regierung bekannt gegeben, dass sie für 2012 ein Defizit von 5,8 % erwartet und damit ihr ursprüngliches Defizitziel für das Jahr 2012 (4,4 %) ebenfalls verfehlen wird. In der Sitzung der Eurogruppe am 12.03.2012 wurde vereinbart, dass an dem Ziel, das Defizit Spaniens im Jahr 2013 auf unter 3 % des BIP zu reduzieren, festgehalten wird. Damit dieses Ziel in Reichweite bleibt, muss Spanien im Jahr 2012 zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 0,5 % des BIP umsetzen. Das neue Defizitziel für 2012 liegt demnach bei 5,3 % des BIP.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/128896.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128896.pdf)

### **UMSETZUNG DES RETTUNGSPROGRAMMS FÜR PORTUGAL – SACHSTAND**

Die Troika bestehend aus Kommission, EZB und IWF hat das portugiesische Anpassungsprogramm vom 15. - 27.02.2012 der dritten vierteljährlichen Überprüfung unterzogen. Sie kam zu dem Ergebnis, dass Portugal sein Anpassungsprogramm bisher konsequent umsetzt (EB 05/12). Die Eurogruppe hat sich der Auffassung der Troika angeschlossen. Damit ist der Weg für die Auszahlung der nächsten Tranche in Höhe von insgesamt 14,9 Mrd. € frei (davon 5,2 Mrd. € durch den IWF). Der IWF wird am 04.04.2012 über die Auszahlung der nächsten Tranche entscheiden.

### **ÜBERPRÜFUNG DER KONSOLIDierten AUSLEIHKAPAZITÄT VON EFSF UND ESM**

Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums hatten bei ihrem Treffen am 01./02.03.2012 ihre Zusage bekräftigt, bis Ende März zu prüfen, ob die Gesamtbergrenze von EFSF/ESM (derzeit 500 Mrd. €) angemessen ist. Die Verhandlungen über diese beiden Aspekte hatten die Staats- und Regierungschefs zunächst auf die Ebene der Finanzminister (Eurogruppe) delegiert. In Sitzung der Eurogruppe am 12.03.2012 gab es dazu noch keine Entscheidungen. Das Thema wurde auf die Sitzung der Eurogruppe am 30.03.2012 in





Kopenhagen vertagt.

### **DISKUSSION ZUR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER IM ECOFIN-RAT**

In der Sitzung des ECOFIN-Rates am 13.03.2012 gab es – vor allem auf deutsche Initiative hin – eine Diskussion über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und Finnland sprachen sich für eine Finanztransaktionssteuer aus. Gleichwohl zeigte die Diskussion, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf Ebene der EU27 wegen des Einstimmigkeitsprinzips im Steuerrecht derzeit kaum Aussicht auf Erfolg hat. Das Vereinigte Königreich, Schweden und Tschechien lehnten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sehr deutlich ab. Aber auch Mitgliedstaaten des Euroraums wie Luxemburg oder die Niederlande äußerten sich sehr kritisch. Die dänische Ratspräsidentschaft kündigte zwar an, dass am Kommissionsvorschlag in der Ratsarbeitsgruppe weiter gearbeitet werde. Parallel sollen aber Alternativen zur Finanztransaktionssteuer geprüft und auf der informellen Sitzung des ECOFIN-Rates am 30./31.03.2012 in Kopenhagen diskutiert werden.

### **DEFIZITVERFAHREN GEGEN UNGARN**

Der ECOFIN-Rat hat am 13.03.2012 beschlossen, ab 01.01.2013 Kohäsionsfondsmittel für Ungarn in Höhe von rund 495 Mio. € zu suspendieren. Dieser Betrag entspricht 0,5 % des ungarischen BIP bzw. 29 % der für Ungarn im Jahr 2013 vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen. Von dieser in der Kohäsions-Verordnung vorgesehenen Möglichkeit wird zum ersten Mal Gebrauch gemacht. Der ECOFIN-Rat wird sich auf seiner Sitzung am 22.06.2012 erneut mit dem Thema befassen und die Suspendierung ggf. aufheben, sofern Ungarn bis dahin die notwendigen Korrekturmaßnahmen ergriffen hat.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/128917.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128917.pdf)

### **VERFAHREN ZUR VERMEIDUNG UND KORREKTUR MAKRO-ÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE**

Der ECOFIN-Rat begrüßte am 13.03.2012 den Frühwarnbericht der Kommission im Rahmen des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte. In diesem Bericht nannte die Kommission



zwölf Mitgliedstaaten, die einer vertieften Analyse unterzogen werden sollen (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Schweden, Slowenien, Spanien, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern). Die Kommission wird die Prüfung bis Ende Mai abschließen und dem Rat ggf. Empfehlungen zur Korrektur etwaiger makroökonomischer Ungleichgewichte vorlegen. Der Rat begrüßte zudem die Ankündigung der Kommission, im Jahr 2012 Auswirkungen großer und nachhaltiger Leistungsbilanzüberschüsse zu untersuchen. Deutschland liegt mit einem Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 5,9 % nur knapp unter dem im Scoreboard festgelegten Schwellenwert von 6 %. Nur Schweden (7,5 %) und Luxemburg (6,4 %) haben höhere Leistungsbilanzüberschüsse.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/128904.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128904.pdf)

### **GRÜNBUCH ZU SCHATTENBANKEN**

Die EU-Kommission hat am 19.03.2012 ein Grünbuch zu den Schattenbanken, d. h. zu Aktivitäten außerhalb des traditionellen Bankgeschäfts, veröffentlicht. Bei einem Grünbuch handelt es sich um ein reines Konsultationspapier. Konkrete Legislativvorschläge werden in diesem Stadium noch nicht unterbreitet. Teilweise sind die Tätigkeiten von Schattenbanken bereits durch bestehende bzw. von der Kommission vorgeschlagene EU-Rechtsvorschriften abgedeckt (z. B. indirekte Regulierung der Schattenbankenaktivitäten durch die bestehenden Eigenkapitalrichtlinien bzw. durch das neue Basel III-Regelwerk). Darüber hinausgehend möchte die Kommission den Regulierungsrahmen für Schattenbanken fortentwickeln und eine umfassende Beaufsichtigung des Schattenbankwesens gewährleisten. Interessierte Kreise können sich bis 01.06.2012 an der Konsultation beteiligen.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/bank/docs/shadow/green-paper\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/bank/docs/shadow/green-paper_de.pdf)

### **EP VERABSCHIEDET LEITLINIEN ZUM EU-HAUSHALT 2013**

Das EP warnt in seiner am 14.03.2012 verabschiedeten Entschließung zum EU-Haushalt 2013 vor einer zu niedrigen Festlegung der Zahlungsermächtigungen, die lediglich das Ergebnis früher eingegangener Verpflichtungen seien. Eine Situation wie im Dezember 2011, als die Kommission mangels ausreichender Zahlungsermächtigungen nicht mehr allen Zahlungsverpflichtungen nachkommen konnte, müsse künftig vermieden werden. Inhaltlich soll der



Schwerpunkt des EU-Haushalts 2013 aus Sicht des EP auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen und Initiativen zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen gelegt werden. Die Kommission wird ihren Vorschlag für den EU-Haushalt 2013 voraussichtlich am 25.04.2012 veröffentlichen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0077+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **KOMMISSION VERKLAGT DEUTSCHLAND WEGEN DER STEUERLICHEN BEHANDLUNG VON ORGANGESELLSCHAFTEN**

Die Kommission hat am 22.03.2012 beschlossen, Deutschland wegen der steuerlichen Behandlung von Organgesellschaften beim EuGH zu verklagen. Nach deutschem Recht kann eine Gesellschaft mit Sitz im Ausland nicht Teil einer steuerlichen Organschaft sein, auch wenn sich der Ort ihrer Geschäftsleitung in Deutschland befindet. Eine solche Gesellschaft könne selbst bei unbeschränkter Steuerpflicht in Deutschland die steuerlichen Vorteile der Organschaft, insbesondere den Gewinn- und Verlustausgleich innerhalb der Organschaft, nicht in Anspruch nehmen. Diese Regelung verstoße gegen die Niederlassungsfreiheit. Die Befassung des EuGH ist die letzte Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/283&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **KOMMISSION SCHLÄGT VERORDNUNG ÜBER ZUGANG VON DIENSTLEISTERN UND GÜTERN AUS DRITTSTAATEN ZU EU-BESCHAFFUNGSMÄRKTEN VOR**

Die Kommission hat am 21.03.2012 eine Verordnung vorgeschlagen, die unter bestimmten Bedingungen den Ausschluss von Bietern aus Drittstaaten von den Beschaffungsmärkten der EU-Mitgliedstaaten erlaubt. Die Kommission möchte mit diesem Instrument ihre Verhandlungsmacht gegenüber Drittstaaten im Hinblick auf deren Beschaffungsmärkte stärken, wenn diese bisher nicht in reziproker Weise für EU-Unternehmen offen stehen. Die Verordnung soll nur für große Aufträge ab einem Volumen von 5 Mio. € gelten und nur solche Drittstaaten erfassen, bei denen die Öffnung der Beschaffungsmärkte nicht multi-



lateral (Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen im Rahmen der WTO, GPA) oder bilateral (z. B. Abkommen mit Südkorea) vereinbart wurde. Von Interesse sind vor allem große Schwellenländer, wie China und Brasilien, sowie die USA oder auch Japan. Nach dem Vorschlag soll entweder eine Vergabestelle einen Anbieter im konkreten Einzelfall ausschließen können, sofern die Kommission dies genehmigt, oder die Kommission generell über den Ausschluss von Anbietern aus einem Drittstaat befinden können. Die Zurechnung von Dienstleistern oder Waren zu einem Drittstaat wird in der Verordnung definiert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/268&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **EUGH ZUR ZUSAMMENRECHNUNG GESTÜCKELTER DIENSTLEISTUNGSaufTRÄGE IM VERGABERECHT**

Der EuGH hat mit einem Urteil vom 15.03.2012 (RS. C-574/10) entschieden, dass mehrere Dienstleistungsaufträge für die Frage, ob ein Auftrag den Schwellenwert der EU-Vergaberichtlinie 2004/18/EG überschreitet, zusammenzurechnen sind, sofern sie einen „einheitlichen Charakter in Bezug auf ihre wirtschaftliche und technische Funktion“ aufweisen. Deutschland habe daher im konkreten Fall dadurch gegen Unionsrecht verstoßen, dass die Gemeinde Niedernhausen (Rheingau-Taunus-Kreis) die Sanierung einer Sport- und Veranstaltungshalle im Jahr 2006 nicht europaweit ausgeschrieben hat. Verschiedene darauf bezogene Architektenleistungen seien künstlich in Einzellose aufgeteilt und damit in rechtswidriger Weise als Einzelaufträge gewertet worden.

Das Urteil findet sich unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=120463&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=252315>

#### **GEMEINSAMER STRATEGISCHER RAHMEN FÜR DIE KOHÄSIONSPOLITIK**

Die Kommission hat am 14.03.2012 ein Arbeitspapier zum Gemeinsamen Strategischen Rahmen für die Kohäsionsfonds-Programme in der kommenden Förderperiode 2014 - 2020 veröffentlicht. Dazu können nun Anmerkungen an die Kommission gerichtet werden (eine Frist wurde hierfür nicht kommuniziert). Der Gemeinsame Strategische Rahmen fasst die Programmierung mehrerer



Fonds (insbesondere EFRE, ELER und ESF) zusammen und soll damit die Fondsverwaltung für die Mitgliedstaaten vereinfachen. Er soll Grundlage für die fondsübergreifenden Partnerschaftsabkommen sein, die die Kommission mit den Mitgliedstaaten abschließen möchte. Nach der vorgeschlagenen Architektur der Programmierung sollen diese wiederum maßgeblich die konkreteren operationellen Programme determinieren, die auf Ebene der Regionen (z. B. deutsche Länder) erarbeitet werden. Wesentlicher Inhalt des Gemeinsamen Strategischen Rahmens, neben der Klärung von Verfahrensfragen, ist die Konkretisierung der zulässigen Förderzwecke im Rahmen der von der Kommission angestrebten thematischen Konzentration der Kohäsionspolitik.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/236&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **VERKEHRSRAT AM 22.03.2012: GENERELLE AUSRICHTUNG ZUR TEN-T-VERORDNUNG UND ZUR VERORDNUNG ÜBER BODEN-ABFERTIGUNGSDIENSTE**

Beim Verkehrsrat am 22.03.2012 haben die Verkehrsminister der EU-Mitgliedstaaten zu zwei wichtigen Legislativdossiers eine allgemeine Ausrichtung erzielt: Zur Verordnung über Transeuropäische Netze und zur Verordnung über Bodenabfertigungsdienste. Auf Grundlage dieser ersten Einigung wird die Präsidentschaft in die anstehenden Trilogverhandlungen mit dem EP gehen; zu beiden Themen hat das EP aber seine Position noch nicht festgelegt. Bei der TEN-T-Verordnung haben die Mitgliedstaaten den Kommissionsvorschlag vom 19.10.2011 (EB 18/11) insbesondere hinsichtlich der Verbindlichkeit der Vollendung eines grenzüberschreitend besonders relevanten Kernnetzes an Verkehrsinfrastruktur bis zum 31.12.2030 abgeschwächt. Hinsichtlich der Bodenabfertigungsdienste hat die Mehrheit der Mitgliedstaaten die Linie des Kommissionsvorschlags vom 01.12.2011 (EB 21/11) unterstützt und will für größere Flughäfen die zwingende Zulassung eines dritten Anbieters von solchen Diensten vorschreiben; Deutschland steht dem zurückhaltend gegenüber und hat sich mit zwei weiteren Mitgliedstaaten der Stimme enthalten. In einzelnen Punkten plädiert der Rat jedoch auch bei diesem Dossier für mehr Flexibilität gegenüber dem Kommissionstext.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/129202.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/129202.pdf)



### **KOMMISSION LEGT GRÜNBUCH ZU SCHATTENBANKEN VOR**

Die Kommission hat am 19.03.2012 ein Grünbuch zu Schattenbanken vorgelegt. Mit der damit eingeleiteten öffentlichen Konsultation bittet sie interessierte Kreise um ihre Meinung zum einen zu Definition, Nutzen und Risiken solcher Aktivitäten außerhalb des traditionellen Bankgeschäfts, zum anderen aber auch um eine Einschätzung zu Wirkungen der gegenwärtigen Regulierung und zum möglichen Änderungsbedarf. Mit einem besseren Verständnis von Unternehmen und Tätigkeiten im bislang wenig beleuchteten Schattenbankenwesen möchte die Kommission auf Grundlage der Konsultation entscheiden, ob sie neue Regulierungsinitiativen ergreifen will, um Risiken für die Stabilität des Finanzsystems zu verringern. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 01.07.2012 möglich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/253&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **ECOFIN-RAT AM 13.03.2012: SUSPENDIERUNG VON KOHÄSIONSFONDSMITTELN FÜR UNGARN, VERFAHREN ZU MAKROÖKONOMISCHEN UNGLEICHGEWICHTEN, FINANZTRANSAKTIONSSTEUER**

Der ECOFIN-Rat befasste sich bei seiner Tagung am 13.03.2012 im Wesentlichen mit drei Themen: Die Aussetzung von Kohäsionsfondsmittel gegenüber Ungarn ab 01.01.2013, den Frühwarnbericht der Kommission im Rahmen des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (s. dazu die themenbezogenen Beiträge des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung zum ECOFIN-Rat (auf EN):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/128932.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128932.pdf)

### **KONSULTATION ÜBER BANKKONTEN**

Die Kommission hat am 20.03.2012 eine Konsultation zu mehreren Fragen rund um Bankkonten gestartet. Dabei geht es im Wesentlichen um drei Aspekte: Gebührentransparenz, Möglichkeiten des Kontenwechsels und den Zugang zu einem Basiskonto. Die Kommission nimmt Beiträge zu dieser Konsultation bis zum 12.06.2012 entgegen.

Webseite zur Konsultation (auf EN):

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2012/bank\\_accounts\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2012/bank_accounts_en.htm)



### **ENTSENDUNG VON ARBEITNEHMERN: KOMMISSION SCHLÄGT DURCHSETZUNGSRICHTLINIE ZUR ENTSENDERICHTLINIE SOWIE VERORDNUNG ÜBER DURCHSETZUNG DES STREIKRECHTS VOR**

Die Kommission hat am 21.03.2012 ihre Vorschläge zur Aktualisierung der Rechtsvorschriften zur Entsendung von Arbeitnehmern vorgestellt. Das Paket besteht aus einer „Durchsetzungsrichtlinie“ zur Entsende-Richtlinie 96/71/EG, die an der Substanz der Entsenderichtlinie aber nichts verändern soll, sowie einer Verordnung über die „Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit“ (sog. „Monti II-Verordnung“). Dieser Rechtsakt soll Konsequenzen aus der Rechtsprechung des EuGH zum Streikrecht (Urteile „Viking Line“, Rs. C-438/05, und „Laval“, Rs. C-341/05) ziehen und das Verhältnis der Grundfreiheiten des Gemeinsamen Marktes zu den Kollektivrechten der Arbeitnehmer klären. Die Kommission will diesen Rechtsakt auf Art. 352 AEUV stützen (s. dazu den Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/267&format=TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION STELLT MITTEILUNG ÜBER FILMBEIHILFEN ZUR ÖFFENTLICHEN DISKUSSION**

Auf Grundlage der Ergebnisse einer Ende September 2011 abgeschlossenen Konsultation hat die Kommission am 14.03.2012 den Entwurf einer neuen Mitteilung über Beihilfen für Filme und andere audiovisuelle Werke zur öffentlichen Diskussion gestellt. Die Konsultation läuft bis zum 14.06.2012. Die endgültige Mitteilung soll noch im zweiten Halbjahr 2012 angenommen werden, da die aktuelle, bereits dreimal verlängerte Fassung aus dem Jahre 2001 zum 31.12.2012 ausläuft (s. dazu den Beitrag im Geschäftsbereich IuK und Medienpolitik in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_state\\_aid\\_films/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_state_aid_films/index_en.html)

### **BEIHILFEVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND: NÜRBURGRING UND FLUGHAFEN DORTMUND**

Die Kommission hat am 21.03.2012 in zwei gegen Deutschland gerichteten Fällen das beihilferechtliche Hauptprüfverfahren eröffnet und interessierte Kreise aufgefordert, ihre Sicht zu den jeweils untersuchten Vorgängen mit-



zuteilen. Der eine Fall betrifft möglicherweise rechtswidrige Beihilfen in Höhe von insgesamt 524 Mio. € zugunsten der Rennstrecke und des Freizeitparks am Nürburgring. Der andere Fall ist ein weiteres Kapitel in der Beihilfenserie zu Regionalflughäfen (EB 02/12) und betrifft den Flughafen Dortmund. Eine abschließende Entscheidung trifft die Kommission erst auf Grundlage der im Verfahren gewonnenen Erkenntnisse.

Pressemitteilung zum Verfahren Flughafen Dortmund (und anderen, nicht Deutschland betreffenden Flughafenfällen):

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/265&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Pressemitteilung zum Verfahren um den Nürburgring:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/263&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **MARKTTTEST FÜR VERPFLICHTUNGSANGEBOTE VON SIEMENS UND AREVA IM ZUGE DES KARTELLRECHTSVERFAHRENS WEGEN WETTBEWERBSBESCHRÄNKENDER VEREINBARUNGEN**

Die Kommission hat am 14.03.2012 interessierte Kreise dazu aufgerufen, zu Verpflichtungsangeboten der Unternehmen Siemens und Areva im Hinblick auf ein 2001 vereinbartes Wettbewerbsverbot Stellung zu nehmen. Mit den angebotenen Zugeständnissen wollen die Unternehmen Bedenken der Kommission ausräumen, dass wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen aus dem Jahr 2001 betreffend verschiedene Märkte der Kerntechnik gegen das EU-Kartellverbot nach Art. 101 AEUV verstoßen. Kommt die Kommission nach diesem Markttest zum Ergebnis, dass die Zugeständnisse, die am 13.02.2012 vereinbart wurden, den Bedenken ausreichend gerecht werden, kann sie per Beschluss gemäß Art. 9 der Durchführungsverordnung (EG) Nr. 1/2003 zu den Wettbewerbsregeln des AEUV diese Verpflichtungsangebote für rechtsverbindlich erklären.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/243&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en#>

### **WTO-PANEL ERKLÄRT SUBVENTIONEN FÜR BOEING FÜR WTO-RECHTSWIDRIG**

Am 12.03.2012 hat das Berufungsgremium der WTO, der sog. „Appellate Body“, entschieden, dass Subventionen für den amerikanischen Flugzeugbau-





er Boeing gegen WTO-Recht verstoßen (Verfahren DS353). Der „Appellate Body“ bestätigte dabei nicht nur die Kernaussagen des vorhergehenden Panel-Berichts vom 31.03.2011, sondern bewertete entsprechend dem Klagevorbringen der EU noch weitere gewährte Vorteile für Boeing als mit WTO-Recht unvereinbar.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/238&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **ANHÖRUNG ZU „HORIZONT 2020“ IM ITRE-AUSSCHUSS DES EP AM 20.03.2012**

Am 20.03.2012 fand im EP-Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) eine ganztägige Anhörung zum künftigen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ statt. In Anlehnung an den Aufbau des Kommissionsvorschlags gab es Panels zu den vier Themen „Wissenschaftsexzellenz“, „Gesellschaftliche Herausforderungen“, „Führende Rolle der Industrie und KMUs“ und „Beteiligungsregeln“. Klärungsbedarf meldeten die Abgeordneten u. a. bei der konkreten Ausgestaltung der sogenannten „stairway to excellence“ für forschungsschwächere Mitgliedstaaten an, die das Exzellenzkriterium als Grundprinzip von Horizont 2020 ergänzen soll. Bei der Diskussion zu den Beteiligungsregeln zeigte sich eine breite Unterstützung für das gemeinsame Ziel einer Vereinfachung der Verfahren. Bezüglich einer genauen Ausgestaltung bzw. Differenzierung der Kostenmodelle meldete Berichterstatter MdEP *Christian Ehler* (EVP/DEU) jedoch noch Diskussionsbedarf an. Problematisiert wurde der Zeitplan, dass über die Zuteilung der Mittel erst unter zyprischer bzw. irischer Präsidentschaft entschieden werden soll (s. dazu den Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Programm der Anhörung:

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201203/20120320ATT41262/20120320ATT41262EN.pdf>

### **FAHRPLAN FÜR DEN ÜBERGANG ZU EINER WETTBEWERBSFÄHIGEN CO<sub>2</sub>-ARMEN WIRTSCHAFT BIS 2050: BEHANDLUNG IN EP UND RAT**

Am 15.03.2012 stimmte das EP mit großer Mehrheit (398 Ja-Stimmen, 132 Nein-Stimmen und 104 Enthaltungen) für eine Resolution zu einem Fahrplan für den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft bis 2050 (Roadmap 2050). Danach soll im Vergleich zum Basisjahr 1990 der CO<sub>2</sub>-



Ausstoß in der EU bis 2050 um mindestens 80 % sinken. Als Zwischenziele sieht der Vorschlag eine Reduktion um 40 % bis 2030 und um 60 % bis 2040 vor. Weiterhin fordern die Abgeordneten die Kommission auf, das Emissionshandelssystem (ETS) zu überprüfen, nachdem in der letzten Zeit die Zertifikatspreise dramatisch gefallen sind. Als mögliche zu analysierende Optionen benennt das EP etwa die Festlegung eines CO<sub>2</sub>-Mindestpreises. Die Forderung einer Einbindung des gesamten Verkehrssektors in das ETS wurde jedoch verworfen. Im Rat hingegen sind bei der letzten Tagung des Umweltrates am 09.03.2012 Schlussfolgerungen zur Roadmap 2050 gescheitert, nachdem Polen die Verabschiedung verhindert hatte (s. hierzu auch den gesonderten Beitrag des StMUG zum Umweltrat in diesem EB).

#### **PREISTRÄGER FÜR INTERMODALE REISEPLANER BEKANNTGEGEBEN**

Der für Mobilität und Verkehr zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, *Síim Kallas*, hat am 12.03.2012 die Gewinner eines Wettbewerbs für multimodale Reiseplaner für Europa bekanntgegeben. Die beiden Sieger in der Kategorie „Operationelle Reiseplaner“ sind Idos (Tschechische Republik) und Trenitalia (Italien), in der Kategorie „Innovative Ideen“ belegten Penelope Ventures GmbH (Deutschland) und SNCF (Frankreich) die vorderen Plätze. Die Kommission möchte mit diesem Wettbewerb die Entwicklung multimodaler Reiseplaner fördern, die Auskünfte über verschiedene Verkehrsträger hinweg anbieten können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/233&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

#### **ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 19./20.03.2012 IN BRÜSSEL**

Am 19./20.03.2012 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei in Brüssel. Zentrales Thema aus dem Bereich der Landwirtschaft war die Vereinfachung der GAP nach 2013. Hierzu stellte Agrarkommissar *Cioloş* klar, dass Vereinfachung das Leitmotiv bei der Umsetzung der Reformziele sei. Er forderte die Mitgliedstaaten auf, konkrete Vorschläge zu machen, wie eine Vereinfachung erreicht werden könne. Die Mitgliedstaaten kritisierten insbesondere die Vorschläge zum Greening der GAP, die Regelung zur Festlegung eines beihilfeberechtigten „aktiven Landwirts“, aber auch die Vorschläge zur Kappung und



Deckelung der Direktzahlungen. Vorgestellt wurde den Ministern auch die Europäische Innovationspartnerschaft für den Bereich Landwirtschaft (EB 05/11). Mehrere Mitgliedstaaten begrüßten die Initiative, verbunden mit dem Hinweis, dass auf bestehende Strukturen zurückgegriffen und auf eine einfache Verwaltung geachtet werden solle. In einem weiteren Tagesordnungspunkt erörterten Portugal und Spanien die bestehenden Probleme mit der jüngsten Trockenheit und baten um geeignete Maßnahmen, insbesondere um die Möglichkeit einer vorgezogenen Auszahlung der Betriebsprämie. Lettland und Estland zeigten sich sehr besorgt über die Handelsbeschränkungen bei Lebendviehexporten nach Russland (s. Beitrag in diesem EB).

Pressemitteilung zum Rat und weiterführende Dokumente unter:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/129107.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/129107.pdf)

#### **KOMMISSION: VORSCHLAG ZUR ANRECHNUNG VON TREIBHAUSGAS-EMISSIONEN AUS LANDNUTZUNG, LANDNUTZUNGSÄNDERUNGEN UND FORSTWIRTSCHAFT (LULUCF)**

Am 12.03.2012 hat die Kommission einen Vorschlag für einen Beschluss des EP und des Rates über „Anrechnungsvorschriften und Aktionspläne für die Emission und den Abbau von Treibhausgasen infolge von Tätigkeiten im Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft“ (land use, land use change and forestry, LULUCF) vorgestellt. Geregelt wird darin die Anrechnung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen im Sektor LULUCF ab 2013. Danach müssten die Mitgliedstaaten über Treibhausgasflüsse in Form von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O) aus Tätigkeiten im Bereich Aufforstung, Wiederaufforstung, Entwaldung, Waldbewirtschaftung, Ackerbewirtschaftung und Grünlandbewirtschaftung berichten. Außerdem bekämen Mitgliedstaaten die Auflage, Aktionspläne zur Verringerung von Treibhausgasemissionen zu erstellen. Anhand der Aktionspläne könnte die Kommission Empfehlungen zur Verringerung der Emissionen abgeben. Diese müssten von den Mitgliedstaaten gebührend berücksichtigt werden. Emissionsreduktionsziele werden in den Vorschlägen nicht festgelegt. Dies wäre ein nächster Schritt, wenn sich die Anrechnungsvorschriften als robust erwiesen hätten, so die Kommission. Über die Kommissionsvorschläge wird nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren entschieden.

Pressemitteilung der Kommission unter:



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/234&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Vorschlag der Kommission unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0093:FIN:DE:PDF>

Arbeitspapier unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SWD:2012:0041:FIN:EN:PDF>

### **KOMMISSION: ARBEITSPAPIER ZUM GEMEINSAMEN STRATEGISCHEN RAHMEN VERÖFFENTLICHT**

Am 14.03.2012 hat die Kommission ein Arbeitspapier mit dem Titel „Elemente für einen Gemeinsamen Strategischen Rahmen 2014 - 2020“ veröffentlicht. Unter diesem strategischen Dach soll neben den Kohäsions- und Strukturfonds sowie dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds auch der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) integriert werden. Nach dem Willen der Kommission sollen die Fonds dadurch besser miteinander kombiniert werden können, um die Wirksamkeit der Investitionen zu optimieren und klare Investitionsschwerpunkte zu setzen. Für nationale und regionale Behörden soll dies die Basis für die Partnerschaftsverträge mit der Kommission werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Arbeitsdokumente (Teile 1 und 2) und Informationen zum GSR unter:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/what/future/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm)

Pressemitteilung der Kommission unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/236&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **EP BEFÜRWORTET AUFSTOCKUNG DER IMPORTQUOTE FÜR HOCHWERTIGES US-RINDFLEISCH**

Am 14.03.2012 sprach sich das EP in der legislativen EntschlieÙung „Autonomes Zollkontingent für Einfuhren von hochwertigem Rindfleisch“ für eine Anhebung des EU-Importkontingents für msthormonfreies Rindfleisch aus den USA und Kanada aus. Damit ist der Weg frei für eine Aufstockung auf jährlich 48.200 t ab dem 01.08.2012. Die noch ausstehende Zustimmung des Rates gilt als Formsache. Gegenüber den geltenden Bedingungen werden die EU-Importkontingente damit mehr als verdoppelt. Dies ist ein weiterer Schritt



zum Abbau des jahrzehntelang bestehenden Handelsstreits um masthormon-behandeltes Rindfleisch zwischen der EU einerseits und den USA und Kanada andererseits (EB 11/11).

Entschließung des EP unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0075+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-3>

### **HANDELSBESCHRÄNKUNGEN WEGEN SCHMALLEMBERG-VIRUS**

Handelskommissar *De Gucht* und Verbraucherkommissar *Dalli* kritisierten am 20.03.2012 gemeinsam die russische Entscheidung zum Importverbot für Lebewild (Schweine, Rinder, Schafe, Ziegen) aus der EU als unangemessen und nicht gerechtfertigt. Sie verlangten eine sofortige Aufhebung. Der Handel mit diesen Lebewildern aus der EU habe in keiner Weise die Gesundheit der russischen Bevölkerung gefährdet. Außerdem sei das Importverbot nicht mit den Regeln der WTO vereinbar. Russlands ist Mitglied in der WTO, muss die Übernahme der WTO-Pflichten aber erst noch ratifizieren. Die russischen Behörden begründen das Importverbot durch das Schmallenberg-Virus und die Blauzungenkrankheit. Von beiden Krankheiten sind jedoch Schweine nicht betroffen. Die gesamten EU-Lebewildexporte (Schweine, Rinder, Schafe, Ziegen) nach Russland betragen im Jahr 2011 188 Mio. €. Davon seien 75 Mio. € durch das am 20.03.2012 in Kraft tretende Importverbot betroffen, so die Kommission (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

### **ANHÖRUNG IM EP ZU PFLANZRECHTEN IM WEINBAU**

Bei einer Anhörung zu Pflanzrechten im Weinbau am 19.03.2012 im EP forderten Vertreter von Mitgliedstaaten, Abgeordnete des EP und Weinbauverbände eine Verlängerung der Pflanzrechtregelung, die nach gegenwärtiger Rechtslage 2015 auslaufen würde. Eingeladen zur Veranstaltung hatten die MdEP *Astrid Lulling* (EVP/LUX) und *Michel Dantin* (EVP/FRA). Die Redner forderten eine Verlängerung der Pflanzrechtregelung, darunter die Landwirtschaftsminister Frankreichs, Deutschlands, Luxemburgs, Italiens und Österreichs. Viele Redner betonten die kulturelle Bedeutung der Pflanzrechtregelung für das „weinkulturelle Erbe“. Die Pflanzrechtregelung sei Garant für den Weinanbau und Landschaftsschutz in Steillagen, für den Erhalt von Kleinbetrieben und die Qualität des Weins. Die Pflanzrechte kosteten kein Geld und sollten deshalb nicht aufgegeben werden. Mittlerweile unterstützen 15 Mitgliedstaaten



die Fortführung der Pflanzrechtregelung über das bisher geltende Ablaufdatum hinaus. Die Kommission wies darauf hin, dass für diese Frage eine Hochrangige Gruppe ins Leben gerufen wurde. Die Mitgliedstaaten hätten die Möglichkeit, die Pflanzrechtregelung bis 2018 zu verlängern.

### **EP-AGRARAUSSCHUSS: WORKSHOP ZUM GREENING DER GAP NACH 2013**

Am 19.03.2012 stellte *Prof. em. Alan Matthews* (Trinity College, IRL) im EP-Agrarausschuss seine Präsentation mit dem Titel „Öffentliche Umweltgüter in der neuen GAP: Auswirkungen der Greening-Vorschläge und mögliche Alternativen“ vor. Darin werden die Greening-Vorschläge nach verschiedenen Kriterien (Kosteneffizienz, politische Rechtfertigung, etc.) analysiert, alternative Möglichkeiten diskutiert und politische Handlungsoptionen entwickelt. Eine der vorgestellten Alternativen ist die Integration der Umweltauflagen im Rahmen von Cross Compliance sowie die Stärkung der Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der zweiten Säule, die *Matthews* als „attraktiv“ bezeichnete. Das Greening der ersten Säule GAP könne auch die WTO-Konformität der Direktzahlungen gefährden, so *Matthews*. Im Anschluss äußerten sich die Abgeordneten zur Präsentation.

Vortrag unter :

<http://www.europarl.europa.eu/committees/en/AGRI/publications.html>

### **GVO-ANBAUVERBOTE**

Der Versuch der dänischen Ratspräsidentschaft, die Blockade im Rat durch einen neuen Ansatz (Optionsmodell) aufzubrechen und eine politische Einigung herbeizuführen ist vollumfänglich gescheitert. Im Vorfeld des Ratstreffens konnte die Präsidentschaft keine qualifizierte Mehrheit für ihren Vorschlag organisieren. Für Deutschland erklärte Bundesumweltminister *Röttgen* bei der Aussprache im Rat, dass das vorgelegte Modell nicht entscheidungsreif sei. Diese Position wurde u. a. durch das Vereinigte Königreich, Frankreich, Irland, Belgien und die Slowakei unterstützt. Damit besteht auch weiterhin eine solide Minderheit, die den Kommissionsvorschlag aus dem Jahr 2010 im Rat blockiert (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).



Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **ENTSENDUNG VON ARBEITNEHMERN: KOMMISSION STELLT ENTWURF FÜR DURCHSETZUNGSRICHTLINIE UND VERORDNUNG VOR**

Die Kommission hat am 21.03.2012 ihre Vorschläge zur Aktualisierung der Rechtsvorschriften zur Entsendung von Arbeitnehmern vorgestellt. Das Paket besteht aus einer „Durchsetzungsrichtlinie“ mit dem Ziel einer besseren Einhaltung und Anwendung der Bestimmungen der bestehenden Richtlinie 96/71/EG und einer Verordnung über die „Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit“ (sog. „Monti II-Verordnung“).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/267&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION: VORSCHLAG FÜR EINHEITLICHES PROGRAMMPLANUNGS-INSTRUMENT FÜR ALLE STRUKTURFONDS**

Die Kommission hat am 14.03.2012 als weiteren Schritt nach der Vorlage ihrer Vorschläge zur Kohäsionspolitik am 06.10.2011 (EB 17/11) den „Gemeinsamen Strategischen Rahmen“ (GSR) vorgestellt. Damit möchte sie die Mitgliedstaaten bei ihren Vorbereitungen für den nächsten Programmplanungszeitraum unterstützen. Der Rahmen soll den Mitgliedstaaten und Regionen Hilfestellung bieten, Investitionsschwerpunkte für den nächsten Finanzplanungszeitraum von 2014 bis 2020 zu setzen. Zielvorgabe sei nach Informationen der Kommission eine bessere Kombinationsmöglichkeit der Fonds, um die Wirksamkeit von EU-Investitionen zu verbessern. Der GSR soll sich stärker an der Europa 2020-Strategie und die wirtschaftspolitische Steuerung der EU anlehnen und eine einheitliche Orientierungsquelle für alle Fonds, unter anderem den Europäischen Sozialfonds (ESF), bieten.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/10524\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10524_de.htm)

### **PLENARTAGUNG DES EP VOM 12. - 15.03.2012 IN STRASSBURG: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Im Rahmen seiner Plenartagung vom 12.-15.03.2012 in Straßburg nahm das EP am 13.03.2012 Entschlüsse zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union (Jahresbericht 2011) sowie zu Frauen in politischen Entscheidungsprozessen an. Zudem fand eine Anfrage an den Rat zur



mündlichen Beantwortung bzgl. der Krisenausnahmeregelung für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) statt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0069+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0070+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **KOMMISSION STELLT ARBEITSMARKT-LEITFADEN VOR: JUGEND-ARBEITSLOSENQUOTE LAG IM JANUAR 2012 IM EU-DURCHSCHNITT BEI 22,4 %**

Nach Angaben der Kommission ist die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der EU im Januar 2012 auf einen neuen Rekordwert von 10,1 % gestiegen und hat damit die symbolisch wichtige Marke von 10 % überschritten. Damit sei die Zahl der Arbeitslosen weiter auf 23,4 Mio. Menschen gestiegen. Der Trend des letzten halben Jahres setze sich fort: Durchschnittlich wuchs die Zahl der Arbeitslosen in diesem Zeitraum jeden Monat um 200.000. Gleichzeitig stellte die Kommission große Unterschiede innerhalb der EU fest. In sechs Mitgliedstaaten wurde in den vergangenen drei Monaten ein Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen verzeichnet. Besorgniserregend sei die Entwicklung bei der Jugendarbeitslosigkeit: Die Quote ist nach dem monatlichen Arbeitsmarkt-Leitfaden im Januar 2012 auf 22,4% gestiegen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1231&furtherNews=yes>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **BILDUNGSAUSSCHUSS DES RATES DISKUTIERT ERSTMALS ÜBER DEN KOMPROMISSTEXT DER RATSPRÄSIDENTSCHAFT ZU „ERASMUS FÜR ALLE“**

Am 07.03.2012 hat die dänische Ratspräsidentschaft auf der Grundlage der bisherigen Diskussionen im Bildungsausschuss des Rates zum Kommissionsvorschlag „Erasmus für alle“ (EB 20/11 und 22/11) einen Kompromisstext für das künftige Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm der EU vorgelegt. Der Vorsitz schlägt demnach vor, anstelle des bisherigen gemeinsamen Kapitels für die allgemeine und berufliche Bildung sowie den Jugendbereich ein eigenständiges Jugendkapitel und infolge dessen auch ein eigenes Kapitel für die





allgemeine und berufliche Bildung einzuführen. Zudem sind in dem Kompromisstext Mindestbudgets für die einzelnen Bildungssektoren sowie für den Jugendbereich in der von der Kommission in ihrer rechtsunverbindlichen Mitteilung vorgeschlagenen Gesamthöhe von 56 % vorgesehen. Mit diesen beiden Hauptveränderungen hat die Ratspräsidentschaft auf zentrale Anliegen zahlreicher Mitgliedstaaten, auch Deutschlands, reagiert. In seiner ersten Befassung mit dem Kompromisstext am 14.03.2012 hat der Bildungsausschuss die Änderungen mehrheitlich überaus positiv aufgenommen. Gleichzeitig haben neben Deutschland eine Reihe weiterer Mitgliedstaaten deutlich gemacht, dass weitere Anpassungen dringend geboten sind, insbesondere hinsichtlich des Programmnamens, aber auch hinsichtlich der zu steigernden Gesamthöhe der festen Budgets für die Bildungssektoren sowie der Einführung einer eigenen Haushaltlinie für den Jugendbereich.

#### **KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR EINHEITLICHES PROGRAMMPLANUNGS-INSTRUMENT FÜR ALLE STRUKTURFONDS VOR**

Die Kommission hat am 14.03.2012 als weiteren Schritt nach der Vorlage ihrer Vorschläge zur Kohäsionspolitik am 06.10.2011 den „Gemeinsamen Strategischen Rahmen“ (GSR) vorgestellt. Der Rahmen soll den Mitgliedstaaten und Regionen Hilfestellung bieten, Investitionsschwerpunkte für den nächsten Finanzplanungszeitraum von 2014 bis 2020 zu setzen. Zielvorgabe sei nach Informationen der Kommission eine bessere Kombinationsmöglichkeit der Fonds, um die Wirksamkeit von EU-Investitionen zu verbessern. Der GSR soll eine bessere Ausrichtung der Kohäsionspolitik an der Europa 2020-Strategie sowie an der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU gewährleisten und eine einheitliche Orientierungsquelle für alle Fonds, unter anderem den Europäischen Sozialfonds (ESF), bieten.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/10524\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10524_de.htm)

#### **EP SPRICHT SICH FÜR DIE EINFÜHRUNG DES PROGRAMMS „SCHACH IN DER SCHULE“ IN EUROPA AUS**

Am 15.03.2012 hat das Europäische Parlament (EP) eine Erklärung zur Einführung des Programms „Schach in der Schule“ in den europäischen Bildungssystemen angenommen. Mit Blick auf die möglichen positiven Effekte des Schachspiels auf Kinder und Jugendliche hinsichtlich Konzentrationsfähigkeit, Durchhaltevermögen, Motivation und der Schulung analytischer Fähigkeiten



spricht sich das EP dafür aus, das genannte Programm in den Schulen zu fördern. Die Kommission wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, hierfür ab 2012 ausreichend Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0097+0+DOC+XML+V0//DE>

### **KOMMISSION UNTERSTÜTZT DIE AUSSTRAHLUNG DES JUGENDMAGAZINS *GENERATION Y* AUF *EURONEWS***

Der paneuropäische, mehrsprachige Fernsehsender *Euronews* hat am 12.03.2012 mit der Ausstrahlung von „Driven by Dreams“ das gezielt auf Jugendliche ausgerichtete Magazin *Generation Y* gestartet. Die Beiträge porträtieren innovative europäische Projekte im Bereich Jugend, Bildung und Kultur. Die Kommission unterstützt das zunächst für ein Jahr laufende Projekt.

<http://www.euronews.com/programs/generation-y/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **ANHÖRUNG ZU „HORIZONT 2020“ IM EP AM 20.03.2012**

Am 20.03.2012 fand im EP-Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) eine ganztägige Anhörung zum künftigen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ statt. In Anlehnung an den Aufbau des Kommissionsvorschlags fanden vier Panels zu den Themen „Wissenschaftsexzellenz“, „Gesellschaftliche Herausforderungen“, „Führende Rolle der Industrie und KMUs“ und „Beteiligungsregeln“ statt. Redebeiträge von Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* und dem Vertreter der dänischen Ratspräsidentschaft *Uffe Toudal Pedersen* rundeten die Anhörung ab.

Programm der Anhörung:

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201203/20120320ATT41262/20120320ATT41262EN.pdf>

### **EUA-KONSULTATION ZUM PROGRAMM „ERASMUS FÜR ALLE“**

Die European University Association (EUA) veröffentlichte am 15.03.2012 die Ergebnisse ihrer Konsultation zum Kommissionsvorschlag „Erasmus für alle“. Darin sind Stellungnahmen von 205 in der EUA organisierten Hochschulen aus 38 Ländern zu zentralen Punkten des geplanten EU-Programms für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport eingeflossen. Insgesamt steht bei



den Konsultationsergebnissen im Vordergrund, dass Mobilität keinen Selbstzweck darstellt, sondern für die Geförderten konkrete weitere Möglichkeiten eröffnet.

Ergebnisse der EUA-Konsultation zu Horizont 2020:

[http://www.eua.be/Libraries/Newsletters\\_2012/Erasmus\\_for\\_all\\_-\\_EUA\\_member\\_consultation\\_results.sflb.ashx](http://www.eua.be/Libraries/Newsletters_2012/Erasmus_for_all_-_EUA_member_consultation_results.sflb.ashx)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 09.03.2012 IN BRÜSSEL**

Am 09.03.2012 fand in Brüssel der erste Umweltrat unter dänischem Vorsitz statt. Die Umweltminister verabschiedeten u. a. Schlussfolgerungen zu den Folgen der letzten VN-Klimakonferenz in Durban und zur Vorbereitung der Rio+20-Konferenz. Als wesentliche politische Ergebnisse des Rates sind aber die gescheiterten bzw. nicht erfolgten politischen Einigungen zu den Themenfeldern nationale GVO-Anbauverbote und Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft (Roadmap 2050) zu sehen.

Schlussfolgerungen zur letzten VN-Klimakonferenz in Durban:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/envir/128882.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/128882.pdf)

Schlussfolgerungen zur Vorbereitung der Rio+20-Konferenz:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/envir/128881.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/128881.pdf)

Presse-Kommuniqué zum Umweltrat:

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/envir/128883.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/envir/128883.pdf)

### **EP-PLENUM VOM 12.03. - 15.03.2012 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG**

Auf der Tagung vom 12.03. - 15.03.2012 in Straßburg hat das Plenum des EP u. a. legislative Entschlüsse zu einem Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft bis 2050 und einer EU-Strategie im Kampf gegen Diabetes angenommen. In Anbetracht des aktuellen Verlaufs der Ausbreitung des Schmallenberg-Virus wurde eine Aussprache geführt.

Bericht zur CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft bis 2050:



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2012-0033&language=DE>

Entschließung zu Diabetes:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0082&language=EN&ring=P7-RC-2012-0145>

## **GEMEINSAMER STRATEGISCHER RAHMEN FÜR DIE KOHÄSIONSPOLITIK**

Die Kommission hat am 14.03.2012 ein Arbeitspapier zum Gemeinsamen Strategischen Rahmen für die Kohäsionsfonds-Programme in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 veröffentlicht. Der Gemeinsame Strategische Rahmen fasst die Programmierung mehrerer Fonds (insbesondere EFRE, ELER und ESF) zusammen und soll damit die Fondsverwaltung für die Mitgliedstaaten vereinfachen. Wesentlicher Inhalt des Gemeinsamen Strategischen Rahmens neben der Klärung von Verfahrensfragen ist die Konkretisierung der zulässigen Förderzwecke im Rahmen der von der Kommission angestrebten thematischen Konzentration der Kohäsionspolitik (s. hierzu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Kohäsionspolitik der Zukunft:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/what/future/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm)

Arbeitspapier der Kommission – Teil I:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/working/strategic\\_framework/csf\\_part1\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/working/strategic_framework/csf_part1_en.pdf)

Arbeitspapier der Kommission – Teil II:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/working/strategic\\_framework/csf\\_part2\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/working/strategic_framework/csf_part2_en.pdf)

## **KOMMISSION: VORSCHLAG ZUR ANRECHNUNG VON TREIBHAUSGAS-EMISSIONEN AUS LANDNUTZUNG, LANDNUTZUNGSÄNDERUNGEN UND FORSTWIRTSCHAFT (LULUCF)**

Am 12.03.2012 hat die Kommission einen Vorschlag für einen Beschluss des EP und des Rates über „Anrechnungsvorschriften und Aktionspläne für die Emission und den Abbau von Treibhausgasen infolge von Tätigkeiten im Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft“ (land use, land use change and forestry, LULUCF) vorgestellt. Geregelt wird darin die Anrechnung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen im Sektor



LULUCF ab 2013. Danach müssten die Mitgliedstaaten über Treibhausgasflüsse in Form von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O) aus Tätigkeiten im Bereich Aufforstung, Wiederaufforstung, Entwaldung, Waldbewirtschaftung, Ackerbewirtschaftung und Grünlandbewirtschaftung berichten. Außerdem bekämen Mitgliedstaaten die Auflage, Aktionspläne zur Verringerung von Treibhausgasemissionen zu erstellen (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/234&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Vorschlag der Kommission unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0093:FIN:DE:PDF>

Arbeitspapier unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SWD:2012:0041:FIN:EN:PDF>

## **WASSERWIRTSCHAFT – KONSULTATION ZUR BLAUPAUSE WASSER 2012**

Am 15.03.2012 hat die Kommission eine Online-Konsultation zur zukünftigen Gestaltung der EU-Wasserpolitik eröffnet. Der Vorschlag „Blaupause Wasser 2012 – Blueprint Water 2012“ (EB 06/11) wird für November 2012 erwartet. Erste Ideen sollen u. a. auf der 3. EU-Wasserkonferenz vom 24. - 25.05.2012 in Brüssel diskutiert werden. Parallel hierzu haben alle interessierten und betroffenen Kreise die Möglichkeit, durch die Konsultation ihre Forderungen, Ziele und Wünsche per Internet einzubringen. Die Frist zur Teilnahme endet am 07.06.2012.

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/blueprint\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/blueprint_en.htm)

## **KONSULTATION ZUM 7. UMWELTAKTIONSPROGRAMM**

Vor dem Hintergrund der laufenden Arbeiten zur Vorbereitung des 7. Umweltaktionsprogramms (UAP; s. EB 17/11) bietet die Kommission Organisationen, Behörden und der interessierten Öffentlichkeit die Gelegenheit der Beteiligung. Im 7. UAP soll insbesondere den Interdependenzen zwischen ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen Rechnung getragen werden. Im Zentrum wird folglich die engere Einbindung klima- und umweltpolitischer Thematiken in andere Politikbereiche und -instrumente stehen. Vom



12.03.2012 bis zum 01.06.2012 können Vorschläge, Ideen und Wünsche für mögliche Schwerpunktesetzungen per Internet eingebracht werden.

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/7eap\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/7eap_en.htm)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

**KOMMISSION STELLT FILMMITTEILUNGSENTWURF ZUR  
ÖFFENTLICHEN DISKUSSION**

Auf Grundlage der Ergebnisse einer Ende September 2011 abgeschlossenen Konsultation hat die Kommission am 14.03.2012 den Entwurf einer neuen Mitteilung über die Filmwirtschaft zur öffentlichen Diskussion gestellt. Mitgliedstaaten, Branchenvertreter u. a. interessierte Kreise können nun bis 14.06.2012 zu den darin vorgeschlagenen beihilferechtlichen Kriterien für die künftige Beurteilung der nationalen Filmförderregelungen ein letztes Mal Stellung nehmen. Die endgültige Mitteilung soll noch im zweiten Halbjahr 2012 angenommen werden, da die aktuelle, bereits dreimal verlängerte Fassung aus dem Jahre 2001 zum 31.12.2012 ausläuft (EB 13/11).

Der Entwurf der Mitteilung und weitere für die öffentliche Konsultation relevante Informationen sind abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_state\\_aid\\_films/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_state_aid_films/index_en.htm)